



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 30. Juni 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

In unserem Top-Thema geht es diesmal um den Europäischen Rat, der am 28. und 29. Juni in Brüssel stattgefunden hat. Über die Beschlüsse, die die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs insbesondere zu dem Thema Migration verabschiedet haben, wurde ja auch in der Presse viel geschrieben.

Außerdem informieren wir Sie über die letzten von der Kommission im Rahmen der Vorschläge für den MFR post 2020 im Juni veröffentlichten sektorspezifischen Verordnungen.



Schließlich hat die Kommission - wie auch schon in vielen deutschen Medien gemeldet - eine Konsultation zur Sommerzeit eingeleitet. Alle Interessierten können ihre Ansichten zur Zeitumstellung in einem kurzen Online-Fragebogen äußern. Die Konsultation soll evaluieren, ob die Sommerzeit für alle Mitgliedstaaten unverändert bleiben oder ob sie für die gesamte EU abgeschafft werden sollte. Die Konsultation läuft bis zum 16. August 2018.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2018-summertime-arrangements> (Die Internetseite ist wegen der vielen Anfragen teilweise überlastet.)

Wir wünschen Ihnen einen schönen Sommer!

Ihr Team der Landesvertretung

Unsere Themen im Überblick

Grußwort	1
I. TOP-Thema	4
Europäischer Rat: Neue Entwicklungen in der Migrationspolitik	4
II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –	6
1. Brexit.....	6
1.1. Stand der Verhandlungen.....	6
1.2. Europäischer Rat: Rüge mangelnder Fortschritte	6
2. Inneres	6
2.1. KOM: MFR post 2020 - Migration und Grenzmanagement	6
2.2. KOM: MFR post 2020 - Innere Sicherheit.....	7
2.3. Rat: Datenaustausch von Europol und Drittstaaten	7
2.4. Rat, EP: Neue Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche	7
2.5. Rat, EP: Erweiterung des Schengener Informationssystems	8
2.6. EASO: Jahresbericht 2017.....	8
2.7. KOM: Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen.....	8
2.8. JI-Rat: Bekämpfung häuslicher Gewalt	9
3. Finanzen	9
3.1. KOM: MFR post 2020 – Programm „InvestEU“	9
3.2. KOM: MFR post 2020 – Programme für Steuer- und Zollbehörden	10
3.3. Eurogruppe: Ende des Rettungsprogramms für Griechenland	10
3.4. ECOFIN: Stärkung der Zusammenarbeit bei der Mehrwertsteuer	11
3.5. ER: Gerechte und wirksame Besteuerung	11
4. Wirtschaft und Energie	12
4.1. KOM: MFR post 2020 - Programm „Digitales Europa“	12
4.2. KOM: MFR post 2020 - Neues Weltraumprogramm	12
4.3. KOM: MFR post 2020 - LIFE-Programm.....	12
4.4. KOM: „Stairway to Excellence“– Initiative	13
4.5. Handelspolitische Schutzmaßnahmen der EU	13
4.6. KOM: WTO-Beschwerde gegen China	13
4.7. KOM, Rat, EP: Europäische Energieunion	14
5. Wissenschaft, Forschung und Kultur	14
5.1. KOM: MFR post 2020 - Horizont Europa.....	14
5.2. Rat, EP: Hochleistungsrechner	15
5.3. KOM: Interaktive Karten erzählen das europäische Kulturerbe.....	15
6. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	15
6.1. KOM: MFR post 2020 - Europäisches Solidaritätskorps	15

6.2.	EPSCO: Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.....	16
6.3.	KOM: Empfehlung für nationale Gleichstellungsstellen	16
6.4.	EP, Rat: Europäisches Solidaritätskorps	16
6.5.	EP, Rat, KOM: Neue Regeln für reglementierte Berufe	17
6.6.	KOM: Europäischer Drogenbericht 2018.....	17
7.	Infrastruktur und Landesplanung	17
7.1.	KOM: MFR post 2020 - Fazilität „Connecting Europe“	17
7.2.	Rat: Initiativen für saubere und wettbewerbsfähige Mobilität.....	18
7.3.	EP: Flugsicherheitsvorschriften für Drohnen	18
7.4.	KOM: Missing Links-Studie	18
7.5.	KOM: InterRail-Pässe.....	19
8.	Verschiedenes.....	19
8.1.	Juncker: „Wir brauchen mehr kontinentale Zärtlichkeit“	19
8.2.	Standard-Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2018	19
8.3.	EP: Zusammensetzung nach den Europawahlen	20
8.4.	KOM: WiFi4EU-Gutscheine - fehlerhafte Software.....	20
III.	Aktuelles aus der Landesvertretung.....	20
1.1.	Fraktion DIE LINKE in Brüssel	20
1.2.	Europaministerkonferenz in Brüssel	21
1.3.	AEEV und AWE in Brüssel	21
IV.	Öffentliche Konsultationen.....	22
V.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	24

I. TOP-Thema

Europäischer Rat: Neue Entwicklungen in der Migrationspolitik

Am 28. und 29. Juni 2018 tagten die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der EU zu den Themenkomplexen Migration, Sicherheit und Verteidigung, Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovation und Digitalisierung in Brüssel. Dabei stand die der Migrationspolitik im Vordergrund. Es wurde betont, „das ein umfassendes Migrationskonzept, das eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen der EU, verstärktes auswärtiges Handeln und die internen Aspekte im Einklang mit unseren Grundsätzen und Werten miteinander verbindet, die Voraussetzung für eine funktionierende Politik der EU ist.“ Die seit 2015 umgesetzten Maßnahmen führten im Vergleich zum damaligen Höhepunkt der unkontrollierten Grenzübertritte in die EU zu einem Rückgang um ca. 95%. In jüngster Zeit sind gleichwohl auf der östlichen und westlichen Mittelmeerpassage verstärkte Migrationsbewegungen festzustellen.

Eine Wiederholung der ungesteuerten Migrationsbewegung soll verhindert und Migration ohne die Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen eingedämmt werden. Für die zentrale Mittelmeerroute bedeutet dies, dass Schleuser, die von Libyen und anderen Orten aus agieren, wirksamer zu bekämpfen seien. Italien und andere Mitgliedstaaten wurde insofern Unterstützung durch die EU angekündigt. Die Hilfen für „die Sahelzone, die libysche Küstenwache und Gemeinschaften an der Küste und im Süden, humane Aufnahmebedingungen, die humanitäre freiwillige Rückkehr, die Zusammenarbeit mit anderen Herkunfts- und Transitländern und die freiwillige Neuansiedlung“ sollen erhöht werden. In Bezug auf die östliche Mittelmeerroute kommt der vollständigen Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der Entwicklungen auf der westlichen Mittelmeerroute sollen insb. Spanien sowie Herkunfts- und Transitländer Unterstützung erfahren.

In Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, der Internationalen Organisation für Migration und Drittstaaten soll ein Konzept für regionale „Ausschiffsplattformen“ entstehen, so dass auf dem Meer gerettete Menschen nicht mehr nach Europa, sondern zu solchen Einrichtungen verbracht werden können. Damit sollen Schleusungen unattraktiver gemacht und Anreize für gefährliche Fahrten über das Mittelmeer verringert werden. Ferner sollen in den EU-Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis „kontrollierte Zentren“ geschaffen werden, in denen zügig und gesicherte Migrantinnen und Migranten ohne Bleibeperspektive mit dem Ziel der Rückführung und schutzbedürftiger Personen nach dem Grundsatz der Solidarität behandelt werden.

Geeinigt hat sich der Europäische Rat zudem darauf, die zweite Finanzierungstranche für die Flüchtlinge in der Türkei auf den Weg zu bringen und weitere 500 Mio. EUR aus der Reserve des Europäischen Entwicklungsfonds auf den EU-Treuhandfonds für Afrika zu übertragen. Um flexibel und schnell reagieren zu können, solle der nächste mehrjährige Finanzrahmen spezielle Komponenten für das Management der externen Migration enthalten. Weiterhin sei es erforderlich, die Zusammenarbeit mit Afrika voranzubringen und zu vertiefen, „um das Migrationsproblem an seiner Wurzel anzugehen“. Dafür würde die Entwicklungshilfe ausgebaut und bessere Rahmenbedingungen für „eine substantielle Erhöhung privater Investitionen“ geschaffen werden. Im Mittelpunkt stehen hierbei Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Innovation, gute Regierungsführung sowie die Stärkung der Position der Frau.

Die Mitgliedstaaten müssten eine effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen gewährleisten und Rückführungsaktivitäten verstärken. Frontex werde dabei unterstützen. Die sog. „Sekundärmigration“ von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zwischen Mitgliedstaaten drohe „die Integrität des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und des Schengen-Besitzstandes zu gefährden“, so dass die Notwendigkeit erforderlicher nationaler Rechtssetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in dem Abschlussdokument betont wurde.

Eine große Herausforderung sei weiterhin die Suche nach einem ausbalancierten Gefüge von Verantwortung und Solidarität als Grundlage für die Änderungen der Dublin-Verordnung, die intensiv fortgesetzt werden sollen. Der Fortgang wird auf der Ebene des Europäischen Rates im Oktober dieses Jahres erörtert.

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/06/29/remarks-by-president-donald-tusk-on-the-european-council-meeting-of-28-june-2018/>

<http://www.consilium.europa.eu/media/35938/28-euco-final-conclusions-de.pdf>

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/06/29/20180628-euco-conclusions-final/>

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

1.1. Stand der Verhandlungen

Nach der Verhandlungsrunde am 5. und 6. Juni 2018 in Brüssel berichtete der Chefverhandler der EU für den Brexit, Michel Barnier, in einer Pressekonferenz in Brüssel am 8. Juni 2018 über den aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen. Eine Lösung in der Nordirland-Frage zeichne sich weiterhin nicht ab. Zur Vermeidung einer harten Grenze auf der irischen Insel hat die EU27 vorgeschlagen, dass das Vereinigte Königreich (UK) die vollständige Angleichung an die Vorschriften der EU zum Binnenmarkt und der Zollunion für Nordirland beibehält. UK lehnt diesen Vorschlag ab. Die von UK vorgelegten Vorschläge für eine vorübergehende Zollvereinbarung mit dem Ziel der Vermeidung einer harten Grenze auf der irischen Insel seien jedoch laut Barnier unzureichend. Bei den meisten sonstigen Themen des Austrittsabkommens es bestehe die Aussicht - so Barnier - zu einer Einigung zu kommen. Offen blieben jedoch die zentralen Themen Governance (u. a. Rolle des EuGH) und RL/Nordirland. Spätestens im Oktober 2018 soll die Verhandlungsphase für das Austrittsabkommen enden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180608-barnier_de

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-4105_en.htm

1.2. Europäischer Rat: Rüge mangelnder Fortschritte

Der Europäische Rat (EU27) zeigte sich am 29. Juni 2018 besorgt, dass noch immer keine wesentlichen Fortschritte im Hinblick auf eine "Backstop"-Lösung für Irland/Nordirland erzielt wurden. Er erinnerte an die diesbezüglichen Zusicherungen von UK vom Dezember 2017 und März 2018 und betonte, dass verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssten, damit das Austrittsabkommen einschließlich seiner Übergangsbestimmungen so rasch wie möglich geschlossen und am Tag des Austritts wirksam werden könne. Alle bislang eingegangenen Verpflichtungen müssten voll und ganz eingehalten werden.

<http://www.consilium.europa.eu/media/35993/29-euco-art50-conclusions-de.pdf>

2. Inneres

2.1. KOM: MFR post 2020 - Migration und Grenzmanagement

Für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR post 2020) schlug die Kommission (KOM) am 12. Juni 2018 vor, die Mittel für Migration und Grenzmanagement auf 34,9 Mrd. EUR zu erhöhen. Im Vergleich zu den vorherigen 13 Mrd. EUR ist dies fast eine Verdreifung.

chung. Der erneuerte Asyl- und Migrationsfonds soll mit 10,4 Mrd. EUR ausgestattet und somit um 51% erhöht werden. Der neue Fonds für integriertes Grenzmanagement soll 9,3 Mrd. EUR erhalten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180612-verdreifachung-der-mittel-f%C3%BCr-sichere-grenzen_de

2.2. KOM: MFR post 2020 - Innere Sicherheit

Ferner schlug die KOM am 13. Juni 2018 für den nächsten MFR vor, die Mittel für die innere Sicherheit von derzeit 3,5 Mrd. EUR auf 4,8 Mrd. EUR zu erhöhen. Mit 2,5 Mrd. EUR soll der Fonds für die innere Sicherheit ausgestattet und damit von gegenwärtig 1 Mrd. EUR mehr als verdoppelt werden. Darüber hinaus sind für den Ausbau der im Sicherheitsbereich tätigen EU-Agenturen 1,1 Mrd. EUR und für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen 1,2 Mrd. EUR vorgesehen. Die Mittel für die innere Sicherheit sollen um weitere 1,4 Mrd. EUR für das EU-Katastrophenschutzverfahren ergänzt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180613-innere-sicherheit_de

2.3. Rat: Datenaustausch von Europol und Drittstaaten

Um schwere Kriminalität und Terrorismus besser entgegenzutreten, sollen Europol und acht Drittstaaten noch enger zusammen arbeiten können. Diesen Beschluss fasste am 4. Juni 2018 der Europäische Rat nach einem Vorschlag der KOM. Nunmehr kann die KOM Verhandlungen mit Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Tunesien und der Türkei über den Austausch personenbezogener Daten mit Europol aufnehmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180605-europol_de

2.4. Rat, EP: Neue Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche

Die Einigung zwischen dem bulgarischen Ratsvorsitz und dem EP über eine neue Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche bestätigte am 07. Juni 2018 der Europäische Rat. Ziel ist es u. a., der Terrorismusfinanzierung wirksam begegnen zu können. So soll die länderübergreifende justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit vereinfacht werden. Straftaten sollen mit einer Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren geahndet werden können und neben der Haftstrafe können zusätzliche Sanktionen und Maßnahmen, wie Geldstrafen bzw. Ausschluss vom Zugang zu öffentlichen Finanzmitteln, verhängt werden. Nachdem diese Richtlinie vom Rat und vom EP förmlich angenommen sein wird, haben die Mitgliedsstaaten 24 Monate Zeit, diese in nationales Recht umzuwandeln.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/07/eu-agrees-new-rules-to-make-sure-money-laundering-criminals-are-punished/pdf>

2.5. Rat, EP: Erweiterung des Schengener Informationssystems

Das Schengener Informationssystem (SIS) soll ausgebaut werden, um den Schutz der EU-Außengrenze weiter zu stärken und die Polizei sowie die Strafverfolgungsbehörde bei dem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus besser zu unterstützen. Darauf einigten sich das EP und der Rat am 12. Juni 2018. Es soll zukünftig Verbesserungen bei Ausschreibungen zu Kriminellen und Rückführungsentscheidungen, bei terroristischen Straftaten, für vermisste Kinder und Menschen in Not, zur Durchsetzung der Einreiseverbote geben. Europol soll vollständigen Zugang zum SIS erhalten. Zum Schutz personenbezogener Daten werden die Richtlinien des SIS der Datenschutzverordnung angepasst. Im nächsten Schritt müssen die Änderungen formell durch das EP und den Rat angenommen werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180612-neues-schengener-informationssystem_de

2.6. EASO: Jahresbericht 2017

Am 18. Juni 2018 veröffentlichte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) seinen Jahresbericht 2017 über die Asylsituation in der EU. Danach beantragten 2017 728.470 Personen internationalen Schutz in der EU (Rückgang im Vergleich zum Jahr 2016 um 44%). Von Januar bis April 2018 wurden ca. 197.000 Anträge eingereicht worden, so dass sich der rückläufige Trend auch im laufenden Jahr weiter fortsetzt. Die Hauptherkunftsländer der Antragstellenden sind nach wie vor Syrien, Irak und Afghanistan. Die Anerkennungsrate des Flüchtlingsstatus gingen von 55% in 2016 auf 50% in 2017 und des subsidiären Schutzes von 37% in 2016 auf 34% in 2017 zurück, während die Häufigkeit der Anerkennungen von humanitären Schutz von 8% in 2016 auf 15% in 2017 gestiegen ist. Insgesamt ist die Zahl der Ablehnungen von 449.910 in 2016 auf 534.330 in 2017 angewachsen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180618-easo-bericht-zahl-der-asylantraege_de

2.7. KOM: Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen

Die KOM stellte am 13. Juni 2018 weitere Maßnahmen vor, um hybride sowie chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN-) Bedrohungen besser zu erkennen und dagegen vorgehen zu können. Die bereits eingerichtete Analyseeinheit für hybride Bedrohungen soll mit zusätzlichen CBRN- und Spionageabwehr-Kompetenzen sowie zur Analyse zur Cybersicherheit ausgestattet werden. Bestehende Kommunikationswege sollen verbessert und andere EU-Organe sowie die Mitgliedstaaten einbezogen werden. Bis Ende 2018 möch-

te die KOM gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ihre Arbeit zur Erstellung von Maßnahmen gegen chemische Bedrohungen beschleunigen, z. B. eine Liste besonders gefährlicher Chemikalien erstellen und eine Bestandsaufnahme medizinischer Gegenmittel sowie von Labor-, Behandlungs- und sonstigen Kapazitäten inklusive der Erfassung ihrer Verfügbarkeit in der EU und die Sensibilisierung der Ersthelfer, wie Polizei und Katastrophenschutz durchführen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4123_de.htm

2.8. JI-Rat: Bekämpfung häuslicher Gewalt

Der Rat "Justiz und Inneres" nahm am 4. Juni 2018 u. a. die Schlussfolgerungen zur „Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt, einschließlich der Gewalt gegen Frauen“, an und rief u. a. die KOM und die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren. Die Opfer dazu ermutigt werden sollen, Vorfälle von Gewalt zu melden. Noch weniger bekannt, gemeldet und geahndet als Gewalt in der physischen Welt werden Fälle der Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Internet.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9717-2018-INIT/de/pdf>

3. Finanzen

3.1. KOM: MFR post 2020 – Programm „InvestEU“

Die KOM hat am 6. Juni 2018 den Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des Programms „InvestEU“ vorgelegt. Darunter soll die Vielzahl der derzeit verfügbaren Finanzierungsinstrumente zusammengelegt und der EFSI (sog. Juncker-Plan) ausgeweitet werden; d. h. durch „InvestEU“ wird die KOM die Schaffung von Arbeitsplätzen, Investitionen und Innovation noch stärker fördern. Das neue Programm soll unter demselben Namen (InvestEU) einen Fonds, eine Beratungsplattform und ein Portal umfassen.

Der Fonds „InvestEU“ soll 15,2 Mrd. EUR umfassen. Dadurch könnten aus dem EU-Haushalt Garantien in Höhe von 38 Mrd. EUR gewährt werden, um strategisch wichtige Vorhaben in der gesamten EU zu unterstützen. Die KOM rechnet damit, dass durch die Förderung privater und öffentlicher Investitionen über den Siebenjahreszeitraum mehr als 650 Mrd. EUR an zusätzlichen Investitionen in der gesamten EU getätigt werden können.

„InvestEU“ soll die vier Politikbereiche nachhaltige Infrastruktur, Forschung, Innovation und Digitalisierung, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie soziale Investitionen und Kompetenzen unterstützen. Das Programm über eine einzige, kohärente Verwaltungsstruktur und Berichtsanforderungen verfügt, so dass Überschneidungen vermieden werden.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll auch weiterhin der wichtigste Finanzpartner der KOM bei der Umsetzung von „InvestEU“ sein. Nationale und regionale Förderbanken der Mitgliedstaaten sowie andere Einrichtungen, die mit spezifischem Fachwissen und Erfahrungen aufwarten können, könnten unter bestimmten Bedingungen Finanzpartner werden.

Die Mitgliedstaaten sollen einen Teil der ihnen zugewiesenen kohäsionspolitischen Mittel für die Haushaltsgarantie im Rahmen von „InvestEU“ verwenden können.

Schließlich soll die InvestEU-Beratungsplattform die 13 verschiedenen derzeit verfügbaren Beratungsdienste in einer einzigen Anlaufstelle für Unterstützung bei der Projektentwicklung bündeln. Sie soll technische Unterstützung und Hilfe bei der Vorbereitung, Entwicklung, Strukturierung und Durchführung von Projekten bieten, einschließlich des Aufbaus von Kapazitäten.

Das Europäische Investitionsvorhabenportal soll Investoren und Projektträger zusammenführen, indem eine leicht zugängliche und benutzerfreundliche Datenbank bereitgestellt wird.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180606-investeu_de

3.2. KOM: MFR post 2020 – Programme für Steuer- und Zollbehörden

Die KOM hat unter der Rubrik Binnenmarkt am 8. Juni 2018 vorgeschlagen, die beiden Programme „Customs“ und „Fiscalis“ mit einer finanziellen Verpflichtung i. H. v. 950 Mio. EUR bzw. 270 Mio. EUR fortzuführen; Maßnahmen, um die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Steuer- und Zollfragen noch besser und effizienter zu gestalten. Die Fortführung der Finanzierung dieser Programme soll der EU dabei helfen, einerseits den Unternehmen weiterhin ungehinderten und einfachen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu bieten, andererseits Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichen Waren zu schützen, die an den Außengrenzen in die EU gelangen könnten, und dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten für die Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung gerüstet sind.

Das neue Zollprogramm „Customs“ soll dazu beitragen, eine moderne Zollunion zu schaffen, in deren Mittelpunkt die Interessen der EU-Unternehmen sowie der EU-Bürgerinnen und Bürger stehen. Das neue Programm „Fiscalis“ soll die Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten fördern und einen besseren Beitrag zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung leisten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180608-steuer-und-zoll_de

3.3. Eurogruppe: Ende des Rettungsprogramms für Griechenland

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der EUR-Staaten (Eurogruppe) haben sich am 21. Juni 2018 auf ein Ende des Rettungsprogramms für Griechenland geeinigt. Das dritte Hilfsprogramm soll damit wie geplant am 20. August 2018 auslaufen. Als Abschlusszahlung

aus dem dritten Hilfsprogramm erhält Griechenland einen Kredit i. H. v. 15 Mrd. EUR, der den staatlichen Finanzbedarf ab dem Programmende zumindest mittelfristig decken soll. Ferner beschloss die Eurogruppe eine Verlängerung der gewährten Kredite um zehn Jahre. Im Jahr 2032 soll überprüft werden, ob zusätzliche Schuldenerleichterungen nötig sind. Seit 2010 hat Griechenland rund 260 Mrd. EUR an Hilfen erhalten.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/22/eurogroup-statement-on-greece-22-june-2018/pdf>

https://ec.europa.eu/germany/news/griechenland20180622_de

3.4. ECOFIN: Stärkung der Zusammenarbeit bei der Mehrwertsteuer

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) hat am 22. Juni 2018 eine Einigung über die Stärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer erzielt. Ziele sind die gemeinsame Verarbeitung und Analyse aller relevanten Daten im Rahmen von Eurofisc; die Verbesserung des operativen Rahmens für zwischen den Mitgliedstaaten abgestimmte Kontrollen; die Entwicklung des Datenaustauschs zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten und den Strafverfolgungsbehörden auf EU-Ebene; die Bekämpfung von Betrug im Zusammenhang mit den beiden für den Fahrzeughandel geltenden Mehrwertsteuerregelungen durch verbesserten Zugang zu Fahrzeugregisterdaten; und die Bekämpfung des Betrugs im Zusammenhang mit Zollverfahren. Die Verordnung wird nach Konsultation des EP verabschiedet werden.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/22/vat-fraud-agreement-on-measures-to-boost-administrative-cooperation/pdf>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3868_de.htm

3.5. ER: Gerechte und wirksame Besteuerung

In seinen Schlussfolgerungen vom 28. Juni 2019 stellt der Rat fest, es bleibe eine der wichtigsten Prioritäten, für eine gerechte und wirksame Besteuerung zu sorgen. Der Kampf gegen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug müsse sowohl auf globaler Ebene (v. a. im Rahmen der OECD) als auch innerhalb der EU mit aller Entschlossenheit geführt werden. Zugleich solle der Rat die Arbeit an den Vorschlägen der KOM zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft voranbringen. Ebenso solle die Arbeit zu der Frage fortgesetzt werden, wie eine wirksame Mehrwertsteuererhebung sichergestellt werden könne, einschließlich rascher Fortschritte bei den Vorschlägen der KOM zu kurzfristigen Maßnahmen (sog. Quick Fixes).

<http://www.consilium.europa.eu/media/35938/28-euco-final-conclusions-de.pdf>

4. Wirtschaft und Energie

4.1. KOM: MFR post 2020 - Programm „Digitales Europa“

Unter dem Titel „Digitales Europa“ hat die KOM am 6. Juni 2018 zum ersten Mal ein Programm für die Untersetzung des europäischen digitalen Binnenmarktes vorgelegt. Es soll mit 9,2 Mrd. EUR ausgestattet werden und hat das Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern und die strategischen digitalen Kapazitäten in Europa zu entwickeln und zu stärken. Demnach konzentriert sich das Programm auf fünf Themenbereiche, die folgendermaßen finanziell untersetzt werden sollen: Hochleistungsrechner (2,7 Mrd. EUR), künstliche Intelligenz (2,5 Mrd. EUR), Cybersicherheit und Vertrauen (2,0 Mrd. EUR), digitale Kompetenzen (700 Mio. EUR), Gewährleistung einer breiten Nutzung der digitalen Technik in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft (1,3 Mrd. EUR).

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4043_de.htm

4.2. KOM: MFR post 2020 - Neues Weltraumprogramm

Die KOM hat am 6. Juni 2018 einen Vorschlag für ein Weltraumprogramm vorgelegt, das sowohl die Weltraumstrategie von 2016 als auch die europäische Industriestrategie verbindet. In dem Vorschlag werden die bestehenden und neuen Weltraumaktivitäten der EU in einem einzigen Programm zusammengeführt und mit 16 Mrd. EUR untersetzt. Themenschwerpunkte sind dabei: Die Förderung einer starken und innovativen Weltraumindustrie, die Sicherung eines unabhängigen und kostengünstigen Zugangs der EU zum Weltraum als auch der Aufbau eines einheitlichen und vereinfachten Lenkungssystems auf europäischer Ebene. Ziel dabei ist, dass Europa bei den Weltraumaktivitäten weiterhin führend bleiben kann und darauf vorbereitet ist, die tief greifenden Veränderungen im Weltraumsektor zu bewältigen. Die Weltraumtechnologien, -daten und -dienste sind für das Alltagsleben in Europa unverzichtbar geworden sind. Daher sollen für die globalen und regionalen Satellitennavigationssysteme EGNOS und Galileo rd. 9,7 Mrd. EUR vorgehalten werden, für das Erdbeobachtungssystem COPERNICUS rd. 5,8 Mrd. EUR und 500 Mio. EUR sollen für die Entwicklung neuer Sicherheitskomponenten eingesetzt werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4022_de.htm

4.3. KOM: MFR post 2020 - LIFE-Programm

Die KOM hat am 01. Juni 2018 einen Vorschlag unterbreitet, der eine Erhöhung des bisherigen LIFE-Programms um 60% vorsieht; insg. sollen 5,45 Mrd. EUR (bisher 3,5 Mrd. EUR) in der Förderperiode post 2020 zur Verfügung gestellt werden. Das LIFE-Programm spiele eine wichtige Rolle bei der Steigerung der Investitionstätigkeit in den Bereichen Klimaschutz und

saubere Energie in ganz Europa. Das Programm „LIFE“ war bisher auf die Unterstützung der Umsetzung der wichtigsten EU-Umweltvorschriften ausgerichtet. Die Schwerpunkte des neuen LIFE-Programmes sind: a) Saubere Energie, insb. Energieeffizienzmaßnahmen; b) Naturschutz und Biodiversität, u. a. sollen strategische Naturschutzprojekte in allen Mitgliedstaaten unterstützt werden; c) Unterstützung der Kreislaufwirtschaft und des Naturschutzes.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4002_de.htm

4.4. KOM: „Stairway to Excellence“– Initiative

Die Initiative „Stairway to Excellence“ („Stufenleiter zur Spitzenforschung“) wurde 2014 durch das EP auf den Weg gebracht. Die Initiative hilft den Regionen dabei, ihre Strategien für die sog. intelligente Spezialisierung zu entwickeln, zu aktualisieren und zu verfeinern. Für den Zeitraum 2018/2019 wird die Initiative mit 300 Mio. EUR ausgestattet und ist auf die Vorbereitung der nächsten Förderperiode 2021-2027 ausgerichtet. Die Arbeiten werden von der Gemeinsamen Forschungsstelle koordiniert. Die Unterstützung der Regionen kann dabei folgende Maßnahmen beinhalten: Unterstützung bei der Verbesserung der regionalen Strategien für eine intelligente Spezialisierung, der regionalen Innovationssysteme und der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen; Erschließung möglicher Finanzierungsquellen im Rahmen der EU-Programme, Identifizierung und Überwindung spezifischer regionaler Innovationsengpässe. Die Initiative soll noch im Sommer 2018 starten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4184_de.htm

4.5. Handelspolitische Schutzmaßnahmen der EU

Seit dem 8. Juni 2018 sind neue handelspolitische Schutzmaßnahmen der EU wirksam. Nach der Überarbeitung der Antidumping- und Antisubventionsinstrumente der EU wird der derzeit geltende Untersuchungszeitraum von 9 Monaten für die Einführung vorläufiger Maßnahmen auf 7 Monate verkürzt und das System wird insgesamt transparenter gestaltet. Weitere Maßnahmen sind: Einführung eines Frühwarnsystems vor der Einführung vorläufiger Zölle, ein „Helpdesk“ für kleine und mittlere Unternehmen zur Unterstützung ihrer Teilnahme an Handelsschutzverfahren.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3973_de.htm

4.6. KOM: WTO-Beschwerde gegen China

Die EU hat am 01. Juni 2018 bei der Welthandelsorganisation (WTO) rechtliche Schritte gegen chinesische Rechtsvorschriften eingeleitet, die die Rechte des geistigen Eigentums europäischer Unternehmen untergraben. Derzeit sind europäische Unternehmen, die in China

tätig werden wollen, gezwungen, inländischen chinesischen Unternehmen Eigentums- oder Nutzungsrechte für ihre Technologien einzuräumen. Technologietransfer-Vereinbarungen können nicht frei und unter Zugrundelegung marktüblicher Konditionen ausgehandelt werden. Dies steht im Widerspruch zu den grundlegenden Rechten die Unternehmen nach den WTO-Regeln zustehen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4027_de.htm

4.7. KOM, Rat, EP: Europäische Energieunion

Am 20. Juni 2018 haben sich KOM, Rat und EP auf eine Verordnung bzgl. eines Governance-Systems für die europäische Energieunion geeinigt. Damit können die Ziele der Energieunion, insb. die energie- und klimapolitischen Ziele der EU für 2030, umgesetzt werden. In der Verordnung wird ein politischer Prozess festgelegt, der die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der KOM regelt; u. a. Verpflichtung für jeden Mitgliedstaat einen nationalen Energie- und Klimaplan für die Zeit von 2021–2030 zu erstellen, der auch längerfristige Perspektiven umfasst; Erhöhung der Transparenz und Reduzierung des Verwaltungsaufwandes der Mitgliedstaaten und der KOM durch eine Angleichung der Häufigkeit der Berichterstattung; die Mitgliedstaaten erhalten Spielraum, damit die nationalen Besonderheiten berücksichtigt werden können.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4229_de.htm

5. Wissenschaft, Forschung und Kultur

5.1. KOM: MFR post 2020 - Horizont Europa

Die KOM hat den Vorschlag für das neue Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ am 7. Juni 2018 vorgelegt. Die Mittelausstattung soll 100 Mrd. EUR betragen. 97,6 Mrd. EUR entfallen auf Horizont Europa (von denen 3,5% an den neuen EFSI-Fonds „InvestEU“ gehen sollen) und auf das Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung 2,4 Mrd. EUR. Wichtige Neuerungen sind z. B. der Europäischer Innovationsrat (EIC) zur Schaffung marktfähiger Innovationen, die sog. „Missionen“ für EU-weite Forschungs- und Innovationsaufträge sowie mehr Synergien mit den Strukturfonds und anderen Finanzierungsinstrumenten. Der Grundsatz der „offenen Wissenschaft“ soll vorangetrieben werden und eine neue Generation von Partnerschaften geschaffen werden.

http://www.horizont2020.de/einstieg_horizont_europa.htm?pk_campaign=eub-telegramm&pk_kwd=2018-06-07

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4041_de.htm

5.2. Rat, EP: Hochleistungsrechner

Rat (25. Juni 2018) und EP (3. Juli 2018) haben die Pläne der KOM zum Aufbau von Hochleistungsrechnern in Europa gebilligt. Die Initiative – das gemeinsame Unternehmen EuroHPC – bündelt europäische, nationale und private Investitionen, um die europäischen Supercomputer bis 2022/2023 zur Weltspitze zu machen. KOM, Mitgliedstaaten und assoziierte Länder planen bis 2020 rd. 1 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln in das gemeinsame Unternehmen zu investieren.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180626-hochleistungsrechner-eu-weltspitze_de
www.eurohpc.eu

5.3. KOM: Interaktive Karten erzählen das europäische Kulturerbe

Anlässlich des 1. Europäischen Kulturerbejahres am 22. Juni 2018 hat die KOM interaktive Karten veröffentlicht, die das europäische Kulturerbe leichter zugänglich machen sollen. Die Karten wurden vom Joint Research Center, dem Wissens- und wissenschaftlichen Dienst der KOM entwickelt.

http://europa.eu/cultural-heritage/news/new-story-map-shows-cultural-heritage-everywhere_en

6. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

6.1. KOM: MFR post 2020 - Europäisches Solidaritätskorps

Am 11. Juni 2018 hat die KOM ihre Vorschläge für ein neues Programm für das Europäische Solidaritätskorps nach dem Jahr 2020 präsentiert. Sie schlägt vor, das Gesamtbudget (Zeitraum 2021–2027) auf 1,26 Mrd. EUR festzusetzen, um dadurch die Möglichkeiten des Programms zu erweitern. Damit werde der rechtliche Rahmen für mehr Möglichkeiten zur Teilnahme an solidarischen Tätigkeiten geschaffen, indem der Umfang der Tätigkeiten sowie der geografische Erfassungsbereich ausgeweitet werden. Das neue Programm solle mindestens 350.000 jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit der Teilnahme bieten. Dadurch werde auch die persönliche, bildungsbezogene, soziale, staatsbürgerliche und berufliche Weiterentwicklung junger Menschen gefördert. Gezielte Maßnahmen wie bspw. zusätzliche Finanzmittel oder Aktivitäten, die von kürzerer Dauer sind oder im eigenen Land stattfinden, sollen es benachteiligten jungen Menschen einfacher machen, sich am Europäischen Solidaritätskorps zu beteiligen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4035_de.htm

https://ec.europa.eu/commission/publications/european-solidarity-corps-legal-texts-and-factsheets_en

6.2. EPSCO: Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik (EPSCO) hat die überarbeitete Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern angenommen, sie jedoch verschärft. Für Arbeitnehmende aus Mitgliedstaaten soll der gleiche Lohn wie für Einheimische gezahlt werden. Die Richtlinie soll eine gerechte Entlohnung und gleiche Ausgangsbedingungen für entsendende und lokale Unternehmen im Gastland sicherstellen, ohne den Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit in Frage zu stellen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/21/posting-of-workers-council-adopts-the-directive/pdf>

6.3. KOM: Empfehlung für nationale Gleichstellungsstellen

Die KOM hat den Mitgliedstaaten am 22. Juni 2018 Maßnahmen empfohlen, mit denen sie ihre nationalen Gleichstellungsstellen weiter stärken sollten. Die sog. Gleichstellungsrichtlinien verpflichten die Mitgliedstaaten, mindestens eine Gleichstellungsstelle in ihrem Land einzurichten, die sowohl Diskriminierungsfälle analysiert und überwacht als auch die Gleichbehandlung aller in diesem Land lebenden Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Die KOM empfiehlt jetzt u. a. die Gewährleistung einer größeren Unabhängigkeit der Gleichstellungsstellen, deren Möglichkeit, als Rechtsbeistand zu fungieren, angemessene finanzielle und personelle Ressourcen und effiziente Koordinierung und Zusammenarbeit der Gleichstellungsstellen in den Mitgliedstaaten, EU-weit und auf internationaler Ebene.

https://ec.europa.eu/germany/news/diskriminierung20180622_de

6.4. EP, Rat: Europäisches Solidaritätskorps

Das EP und der Rat haben am 27. Juni 2018 eine politische Einigung über den Vorschlag der KOM erzielt, das Europäische Solidaritätskorps bis 2020 mit eigenem Budget und Rechtsrahmen auszustatten. Das Korps soll einen eigenen Rechtsrahmen und ein eigenes Budget in Höhe von 375,6 Mio. EUR bis 2020 bekommen. Sobald das EP über die Einigung abgestimmt und der Rat den Text formell angenommen hat, kann die KOM mit der Auswahl der Projekte im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps beginnen. Vorbereitende Schritte können bereits vorher eingeleitet werden, und die erste Aufforderung zur Einreichung von Finanzierungsanträgen ist noch im Verlauf dieses Jahres zu erwarten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180627-parlament-rat-europaeisches-solidaritaetskorp_de

6.5. EP, Rat, KOM: Neue Regeln für reglementierte Berufe

EP, Rat und KOM haben am 29. Juni 2018 neue Rechtsvorschriften unterzeichnet, um sicherzustellen, dass nationale Regeln für reglementierte Berufe keine unnötigen Hindernisse für die Freizügigkeit von Fachkräften schaffen. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Kosten und Nutzen geplanter Rechtsvorschriften für reglementierte Berufe durch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung gründlich zu bewerten. Die EU ist zwar für die Reglementierung oder Liberalisierung freier Berufe nicht zuständig sondern die Mitgliedstaaten. Allerdings muss ein Mitgliedstaat nach EU-Recht nachweisen, dass neue nationale Vorschriften für Freiberufler notwendig und angemessen sind. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die neuen Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180629-neue-eu-vorschriften-reglementierte-berufe_de

6.6. KOM: Europäischer Drogenbericht 2018

Die KOM hat am 7. Juni 2018 den Europäischen Drogenbericht 2018 vorgestellt, der eine umfassende Analyse der jüngsten Drogentrends in den 28 EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und Norwegen enthält. Hervorgehoben wird insb. eine erhöhte Verfügbarkeit von Kokain in Europa, da im letzten Jahr rund 2,3 Millionen junge Erwachsene die Droge konsumiert hätten, und untersucht die Herausforderungen im Zusammenhang mit neuen psychoaktiven Substanzen.

https://ec.europa.eu/germany/news/drogenbericht-2018-konsum-von-kokain-nimmt-weiter-zu_de

7. Infrastruktur und Landesplanung

7.1. KOM: MFR post 2020 - Fazilität „Connecting Europe“

Die KOM hat am 6. Juni 2018 den Verordnungsvorschlag für die Fazilität „Connecting Europe (CEF) 2021-2017“ vorgelegt, die den Großteil der Investitionen in die europäischen Verkehrsnetze finanzieren soll. Eingeplant sind insg. 42,3 Mrd. EUR, davon 30,6 Mrd. EUR für den Verkehrsbereich, 8,6 Mrd. im Teilbereich Energie und 3 Mrd. für den Bereich Digitales. Mit der neuen CEF sollen die Dekarbonisierung des europäischen Verkehrssektors, die Fertigstellung der transeuropäischen Verkehrsnetze und z. B. Projekte der vernetzten Mobilität

noch stärker in den Vordergrund rücken. Neu ist die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen für die militärische Mobilität. Hervorzuheben ist die Erweiterung des Nord-Ostseekorridors (NSB) um die Verbindung Berlin-Stettin (s. Annex I:

<https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/2018-06-06-cef-annex-memo.pdf>).

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4029_de.htm

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-cef-regulation_de_0.pdf

7.2. Rat: Initiativen für saubere und wettbewerbsfähige Mobilität

Die europäischen Verkehrsministerinnen und -minister haben am 7. Juni 2018 eine Einigung über drei wichtige Dossiers zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Mobilitätssektors erzielt. Damit können jetzt die Verhandlungen mit dem EP („Trilog“) beginnen. Es geht um den Wettbewerb im Luftverkehr, die Abfallentsorgung von Schiffen an Land statt auf See und die Interoperabilität von europäischen Mautsystemen. Die Verhandlungen über die betreffenden Dossiers werden während der bevorstehenden österreichischen Präsidentschaft fortgesetzt.

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2018/06/07/>

7.3. EP: Flugsicherheitsvorschriften für Drohnen

Am 12. Juni 2018 hat das EP neue Flugsicherheitsvorschriften verabschiedet, die eine sichere Nutzung von Drohnen jeder Größe im EU-Luftraum gestatten und dabei Rechtsklarheit und Kohärenz gewährleisten sollen. Daneben wird die in Köln ansässige Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mit neuen Kompetenzen ausgestattet, um z. B. gegen Arbeitsbedingungen vorgehen zu können, die die Luftsicherheit gefährden könnten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20180601STO04820/drohnen-neue-bestimmungen-fur-mehr-sicherheit>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0245+0+DOC+XML+V0//DE>

7.4. KOM: Missing Links-Studie

Die KOM hat eine Studie zu den bestehenden Lücken im grenzüberschreitenden Bahnverkehr vorgelegt. Sie trägt den Titel: „Comprehensive analysis of the existing cross-border rail transport connections and missing links on the internal EU borders“. Offiziell vorgestellt wird sie im Oktober 2018 im Rahmen der „European Week of Regions and Cities“.

<https://ec.europa.eu/futurium/en/transport/comprehensive-analysis-existing-cross-border-rail-transport-connections-and-missing-links>

7.5. KOM: InterRail-Pässe

Die KOM berichtet, dass an der ersten Runde der Initiative „DiscoverEU“ über 100.000 Jugendliche aus allen Mitgliedstaaten teilgenommen haben. 15.000 von ihnen haben gewonnen und können mit den DiscoverEU-Reisepässen 30 Tage lang ein bis vier Ziele in anderen EU-Ländern besuchen. Ein besonderer Fokus bei der Auswahl der Gewinnerinnen und Gewinner lag auf der Verknüpfung der Reisepläne mit dem Europäischen Kulturerbejahr 2018. Eine zweite Bewerbungsrunde mit bis zu 10.000 Tickets findet im Herbst 2018 statt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180628-discovereu_de

https://europa.eu/youth/discovereu_en

<https://www.facebook.com/EuropeanYouthEU>

<https://twitter.com/EuropeanYouthEU>

8. Verschiedenes

8.1. Juncker: „Wir brauchen mehr kontinentale Zärtlichkeit“

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in einem Interview eine schwindende Neugier der Europäer*innen aufeinander beklagt. „Wir haben es verlernt, einander zu lieben oder wenigstens zu mögen. Stattdessen suchen wir bloß nach Fehlern beim anderen. Diese Engherzigkeit bekümmert mich. Tot geglaubte Pauschalurteile leben plötzlich wieder auf, aus rein innenpolitischen Erwägungen. Wir brauchen mehr kontinentale Zärtlichkeit“, sagte Juncker in einem am 2. Juni 2018 veröffentlichten Interview.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180604-juncker-interview_de

<http://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Wir-brauchen-mehr-kontinentale-Zaertlichkeit>

8.2. Standard-Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2018

Aus einer am 14. Juni 2018 veröffentlichten halbjährlichen Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass die Mehrheit der Menschen in der EU die Wirtschaftslage als gut einschätzt und optimistisch in die Zukunft blickt. Das Vertrauen in die EU wachse. 84% der Deutschen fühlten sich als EU-Bürger*innen und 65% seien der Meinung, dass ihre Stimme in Europa zähle; 49% hätten Vertrauen in die EU.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4148_de.htm

8.3. EP: Zusammensetzung nach den Europawahlen

Nach einem Vorschlag des EP zur Umverteilung der Sitze soll nicht nur die Größe des EP von 751 auf 705 MdEP verringert, sondern auch 46 der 73 britischen Sitze, die durch den Brexit frei werden, in eine Reserve gestellt werden. Einige oder alle der 46 Sitze in der Reserve könnten dann in Zukunft auf neue Mitgliedstaaten umverteilt oder einfach nicht besetzt werden, um die Größe der Institution zu verringern. Die anderen 27 ehemaligen britischen Sitze würden auf die 14 Mitgliedstaaten verteilt, die derzeit im EP leicht unterrepräsentiert sind. Der Europäische Rat hat die vorgeschlagene Sitzverteilung Gipfel am 28. Juni 2018 formell gebilligt. Deutschland stehen weiterhin 96 Sitze zu.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180607IPR05241/neue-sitzverteilung-im-parlament-nach-der-europawahl-2019>

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/29/the-european-council-establishes-the-composition-of-the-european-parliament/pdf>

8.4. KOM: WiFi4EU-Gutscheine - fehlerhafte Software

Die KOM hat am 14. Juni 2018 bekannt gegeben, dass die erste Ausschreibung für WiFi4EU -Gutscheine zur EU-Finanzierung von kostenlosen drahtlosen Internet-Hotspots im öffentlichen Raum wegen eines technischen Problems abgesagt werden musste. Die Gutscheine aus dieser ersten Bewerbungsrunde werden dem Budget für die nächste Ausschreibung hinzugefügt.

https://ec.europa.eu/germany/news/wifi4eu20180614_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/wifi4eu-kostenloses-wlan-fur-alle>

III. Aktuelles aus der Landesvertretung

1.1. Fraktion DIE LINKE in Brüssel

Unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Ralf Christoffers besuchten Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg am 6. Juni 2018 Brüssel und führten Gespräche mit hochrangigen EU-Vertretern zu aktuellen landespolitischen Themen.

Die Landtagsabgeordneten Christoffers, Domres, Büchel, Schwarzenberg und Preuß besprachen sich mit dem deutschen Mitglied im Kabinett des EU-Agrarkommissars sowie mit dem stv. Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft zur künftigen EU-Agrarpolitik und zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Einen umfassenden Überblick zu den aktuellen Beratungen im EP lieferte der Brandenburger Europaabgeordnete Helmut Scholz. Weitere Gesprächspartner der in den Räumen der Landesvertretung geführten Gespräche waren das

deutsche Mitglied im Kabinett des EU-Haushaltskommissars zum künftigen Haushalt der Europäischen Union und der stv. Referatsleiter des Deutschlandreferates in der Generaldirektion Regionalpolitik zu deren Ausgestaltung in der kommenden Förderperiode ab 2021.

1.2. Europaministerkonferenz in Brüssel

Am 7. Juni 2018 tagte die 77. Europaministerkonferenz unter niedersächsischem Vorsitz in Brüssel, an der EuropaStaatssekretärin Quart teilgenommen hat. Themen waren u. a. der Mehrjähriger Finanzrahmen und Kohäsionspolitik nach 2020, die Gemeinsame EU-Außenhandelspolitik (zusätzliche Zölle der USA) und der Brexit.



<https://www.mb.niedersachsen.de/startseite/europaministerkonferenz/beschluesse/beschluesse-155264.html>

1.3. AEEV und AWE in Brüssel

Auf Initiative und unter Leitung der Vorsitzenden Büchel und Holzschuher reisten am 7. Juni die Ausschüsse für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz sowie für Wirtschaft und Energie nach Brüssel. Es war das erste Mal, dass zwei Fachausschüsse des Landtages zu gemeinsamen Gesprächen in Brüssel waren. Nach einer Einführung der Kontakt- und Informationsstelle des Landtages sowie der Landesvertretung berichtete der Finanzabteilungsleiter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU über die laufenden Diskussionen zum MFR post 2020. Anschließend erläuterte ein Mitarbeiter der GD Haushalt den in seiner Abteilung erstellten MFR Entwurf. Anschließend traf die Delegation mit den Brandenburger Europaabgeordneten Keller, Melior und Scholz zusammen, die über die aktuellen Diskussionen in ihren Ausschüssen berichteten. Es folgte eine Präsentation der Aufgaben und Tätigkeitsschwerpunkte des Ausschusses der Regionen (AdR) durch das deutsche Mitglied im Kabinett des AdR Präsidenten und den Kommunikationsleiter des AdR. Abschließend diskutierten die Abgeordneten, die ganztägig durch den Staatssekretär im Wirtschafts- und Energieministerium Fischer und Europaabteilungsleiter Kneifel-Haverkamp sowie im Anschluss an ihre EMK Tagung durch Europa- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Quart begleitet wurden, mit dem stv. Referatsleiter des Deutschlandreferates in der Generaldirektion Regionalpolitik über den künftigen Beitrag der EU-Regionalpolitik zur Unterstützung von Regionen im strukturellen Wandel am Beispiel der Kohleregion Lausitz.

IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im Juni eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de.

- [Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum \(EUIPO\) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums \(Verordnung \(EU\) Nr. 386/2012\)](#)

Themen: Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt

Konsultationszeitraum: 3 Juli 2018 - 2 Oktober 2018

- [Public consultation on a new online platform for public access to documents held by the Commission](#)

Themen: Institutionelle Angelegenheiten

Konsultationszeitraum: 29 Juni 2018 - 21 September 2018

- [Public consultation on the evaluation of invoicing rules](#)

Themen: Steuern

Konsultationszeitraum: 13 Juni 2018 - 20 September 2018

- [Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Themen: Maritime Angelegenheiten und Fischerei

Konsultationszeitraum: 11 Juni 2018 - 21 August 2018

- [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten \(2010–2017\)](#)

Themen: Europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung

Konsultationszeitraum: 11 Juni 2018 - 17 September 2018

- [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)
-

Themen: Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Konsultationszeitraum: 4 Juni 2018 - 3 September 2018

- [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)
-

Themen: Klimaschutz
Konsultationszeitraum: 1 Juni 2018 - 24 August 2018

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

Dr. Marcus Wenig – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

N. N. – stellvertretende/r Leiter/in Tel.: 0032 2 737 74 31

(Justiz, Verbraucherschutz)

Birgit Urban Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

Marion Maurer Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

Jens Hammerschmidt Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

Christina Schlawe Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

Claudia A. Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

Peggy Navarro Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

Fritz Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Telefon: 0032 2 737 74 51

Rue Joseph II / Jozef II straat 108

Fax: 0032 2 737 74 69

B- 1000 Brüssel

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de